

Euro für alle

17.09.2017 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Die Idee, den Euroraum zu erweitern, erwächst nicht aus ökonomischen Vernunftgründen. Sie speist sich vielmehr aus einem politischen-ideologischen Programm, das auf wackeligen Füßen steht.

In einer Grundsatzrede am 13. September 2017 hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgeschlagen, der Euro solle in allen EU-Staaten eingeführt werden. Im Grunde ist das nichts Neues: Im Vertrag von Maastricht wurde im Jahr 1992 festgelegt, dass alle EU-Länder, die die (Konvergenz-)Kriterien erfüllen, den Euro als Währung annehmen müssen.

Großbritannien und Dänemark behielten sich allerdings damals vor, die Entscheidung über die Annahme des Euro selbst herbeiführen zu können. Großbritannien wird die EU verlassen, ohne je den Euro angenommen zu haben. Und die Dänen zeigen bislang wenig Euphorie, von ihrer Dänischen Krone auf den Euro überzuwechseln.

EU-Länder, die den Euro haben	EU-Länder, die nicht zum Euroraum gehören	EU-Länder mit dem Recht auf Nichtteilnahme am Euro
Belgien	Bulgarien	Dänemark
Deutschland	Kroatien	Großbritannien
Estland	Polen	
Finnland	Rumänien	
Frankreich	Schweden	
Griechenland	Tschechische Republik	
Irland	Ungarn	
Italien		
Lettland		
Litauen		
Luxemburg		
Malta		
Niederlande		
Österreich		
Portugal		
Slowakei		
Slowenien		
Spanien		
Zypern		

Quelle: EU

Die (Zwangs-)Euro-Einführung kommt auf Schweden, Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, die Tschechische Republik und Ungarn zu. Würden alle diese Länder (ohne Großbritannien und Dänemark) dem Euroraum beitreten, würden etwa 100 Millionen mehr Europäer die Einheitswährung ihr Eigen nennen. (Derzeit beläuft sich die Bevölkerungszahl in der EU auf knapp 509 Millionen, im Euroraum - zu dem 19 von insgesamt 28 EU-Mitgliedsländern zählen - auf etwa 341 Millionen.) Die Neuzugänge zum Euroraum wären allesamt Länder - mit Ausnahme von Schweden - mit einem (sehr) geringen Pro-Kopf-Einkommen, wie die nachstehende Tabelle zeigt.

	BIP pro Kopf	Bevölkerung in Mio.
Deutschland	41.902	82.3
Frankreich	38.127	66.9
Italien	30.507	60.8
...
Bulgarien	7.368	7.2
Kroatien	12.095	4.2
Polen	12.315	38.6
Rumänien	9.465	19.9
Schweden	51.164	10.0
Tschechische Rep.	18.286	10.5
Ungarn	12.778	9.8

Quelle: IWF, in US.Dollar

Auswahlkriterien

Zustimmung zur Euroraumerweiterung kommt aus Deutschland. Allerdings - so der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble - müsse man dabei mit Bedacht vorgehen. Damit weitere Länder dem Euroraum beitreten können, müssten diese erst die nötige Reife haben, so Schäuble: "Klar ist, dass wir die Erfahrung gemacht haben, dass Länder erst in der Lage sein müssen, auch mit einer stabilen, harten Währung, über die sie selbst nicht mehr durch Abwertung entscheiden können, wirtschaftlich auszukommen."

Gemeint sind hier vermutlich die Maastricht-Kriterien (die "Konvergenzkriterien"): niedrige Inflation, begrenzter Schuldenstand und begrenzte Haushaltsdefizite und hinreichende Wechselkursstabilität. Doch dass diese Kriterien nicht geeignet sind, eine "Euro-Stabilitätsgemeinschaft" herauszubilden, wurde spätestens in der jüngsten Euro-Krise eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Die Frage nach der "passenden Zusammensetzung" des Währungsraumes ist allerdings nur ein Aspekt bei der Beantwortung der Frage, ob die Erweiterung des Euroraums (für die Bürger) sinnvoll und wünschenswert ist oder nicht. Ökonomisch unstrittig ist, dass eine einheitliche Währung für alle, die miteinander arbeitsteilig Wirtschaften, prinzipiell vorteilhaft ist. Sie reduziert die Transaktionskosten und ermöglicht es vor allem, eine Wirtschaftsrechnung in effizienter Weise durchzuführen. Die zentrale Frage ist dabei jedoch, wie man die Geldversorgung organisiert, vor allem welche Geldart man verwenden soll. Zur Wahl stehen ein staatliches (Zwangs-)Währungsmonopol oder ein freies Marktgeld.

Währungswettbewerb

Heutzutage ist in allen entwickelten Volkswirtschaften ein staatliches (Zwangs-)Monopolgeldsystem anzutreffen - ein "unnatürliches" Währungssystem, das unter ökonomischen und ethischen Defiziten leidet (wir haben das ein oder andere Mal in unseren [Publikationen](#) darauf hingewiesen). Das staatliche Zwangsmonopolgeld verliert seine Kaufkraft im Zeitablauf (es ist chronisch inflatonär), es verursacht eine nicht-marktkonforme Umverteilung von Einkommen und Vermögen, es sorgt für Störungen im Wirtschaftsleben (sorgt für "Boom-und-Bust"), und es treibt die Volkswirtschaften immer tiefer in den Verschuldungssumpf. Ob US-Dollar, Euro, japanischer Yen oder Schweizer Franken: Unter diesen Problemen leidet jede der staatlich monopolisierten "Fiat-Währungen".

Nun kann man allerdings argumentieren, dass es besser ist, wenn es nicht nur eine, sondern wenn es mehrere dieser Fiat-Währungen nebeneinander gibt. Warum? Herrscht ein "Währungswettbewerb" - hat also jeder Geldhalter prinzipiell die Möglichkeit, von einer Fiat-Währung in eine andere zu wechseln -, übt das eine disziplinierte Wirkung auf die Geldproduzenten - die staatlichen Monopolzentralbanken - aus: Sie werden angehalten, die Macht über die Geldmengenvermehrung nicht (übergebühlich) zu missbrauchen.

Wenn zum Beispiel die Europäische Zentralbank (EZB) die Euro-Geldmenge stärker ausweitet als die US-amerikanische Zentralbank (Fed), können die Euro-Bürger der Inflation des Euro entkommen, indem sie ihre Euro verkaufen und stattdessen US-Dollar halten. Wenn die Euro-Geldhalter eine solche Ausstiegsmöglichkeit ("Exit") haben, darf die EZB die Euro-Geldmenge nicht allzu stark ausweiten (inflationieren), denn ansonsten schwindet die Euro-Nachfrage, und die Einheitswährung büßt ihre Marktfähigkeit ein. Mit anderen Worten: Der Währungswettbewerb schützt die Geldhalter vor dem politischen Missbrauch mit der elektronischen Notenpresse.

Wenn die Geldhalter die Möglichkeit haben, von einer auf andere Währungen ausweichen zu können, ist das noch aus einem weiteren Grund positiv für sie: Es muss nicht immer missbräuchliches Kalkül sein, durch die der Währungswert ruiniert wird. Es können auch schlichtweg fehlerhafte Entscheidungen der Zentralbankräte sein, die sich in der Folge als inflationär oder in einer anderen Weise schädlich für das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben erweisen. Also auch aus diesem Blickwinkel heraus betrachtet, ist es für den Geldverwender besser, wenn es nicht nur eine, sondern wenn es mehrere Fiat-Währungen gibt.

Währungsmonopol

Aus Sicht derjenigen, die einen starken Zentralstaat wünschen, ist jedoch bereits der Währungswettbewerb, der zwischen nationalen Fiat-Währungen besteht, ein Dorn im Auge. Zum einen engt er den Spielraum ein, den immer größer werdenden Geldhunger des Staates per Kreditaufnahme - und damit über die regulären Steuereinnahmen hinaus - stillen zu können.

Zum anderen ist das Schaffen großer politischer Einheiten schwierig(er), wenn die Teilnehmerstaaten über eigene Währungen verfügen. Sie sind dann nämlich für ihre Geschicke selbst verantwortlich, sind dadurch prinzipiell unabhängiger und lassen sich nicht so einfach auf eine einheitliche "politische Linie" bringen. Es ist daher alles andere als zufällig, dass die Befürworter eines einheitlichen Europas - vor allem die Befürworter eines europäischen Zentralstaatkonzeptes - auf die Vereinheitlichung der Währungen pochen und den Euro möglichst rasch in möglichst vielen EU-Ländern zur offiziellen Währungen machen wollen.

Währungsehe

Der Euro ist nicht nur ungedecktes Geld, eine Fiat-Währung - mit allen ökonomischen und ethischen Defiziten behaftet, unter denen diese Geldart nun einmal leidet. Er ist vor allem auch die Einheitswährung für eine Vielzahl von Menschen, die sich sprachlich und kulturell ganz erheblich unterscheiden. Kann das auf Dauer gut gehen? Ja, meinen die unermüdlichen Euro-Befürworter. Die Menschen in den Teilnehmerstaaten unterwerfen sich dazu ganz einfach gemeinsamen Regeln. Und hat man den Euro erst einmal eingeführt, wird auch die Einsicht und Bereitschaft aller Mitglieder wachsen, die Regeln dieser "Währungsehe" verantwortungsbewusst und erfolgreich zu leben.

Diese Erwartungshaltung hat sich bislang allerdings nicht erfüllt. Im Gegenteil; man denke nur einmal an die mangelnde Fiskaldisziplin. Und es ist auch nicht zu erwarten, dass es künftig besser wird - weder in der aktuellen Zusammensetzung des Euro-Währungsraumes noch in einer um zusätzliche Mitglieder erweiterten Konstellation. Das Problem liegt nämlich im Euro-Fiat-Geld selbst:

Es ist eine Geldart, die notwendigerweise immer wieder zu schweren Krisen führen wird, die Gewinner und Verlierer einer monetären Zwangsumverteilung schafft, die nicht nur innerhalb der nationalen Grenzen, sondern auch über nationale Grenzen hinweg abläuft. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass unter diesen Bedingungen die zwischenstaatlichen Konfliktpotentiale mit einer einheitlichen Fiat-Währung höher ausfallen werden im Vergleich zu einem Nebeneinander mehrerer Fiat-Währungen.

Die in diesem Artikel formulierte Kritik betrifft daher nicht nur die angedachte Euroraum-Erweiterung, sondern auch die Euro-Währungsgemeinschaft in ihrer aktuellen Zusammensetzung.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit

Quelle: Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/346849--Euro-fuer-alle.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).